

**Niederschrift über die
Sitzung des Beirates für Migration und Integration (10. Wahlzeit) des Landkreises Trier-Saarburg
am 10.02.2015 im Konferenzraum der Kreisverwaltung in Trier.**

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Landrat Günther Schartz
Frau Milena Fatima Meß

bis TOP 2
ab TOP 3

Mitglieder

Frau Vera Henter
Herr Safac Karacam
Frau Milena Fatima Meß
Frau Mihaela Petkova Milanova
Frau Tanja Schmitt-Blasius
Frau Elena Stankevitsch

ab 18.10 Uhr (ab TOP 2)

Verwaltung

Herr Christoph Haack
Herr Stephan Schmitz-Wenzel

Leiter des Referates 103
Leiter des Geschäftsbereichs IV

nicht anwesend:

Mitglieder

Frau Eva Corianne Marges

Zur Geschäftsordnung

Landrat **Schartz** eröffnet die Sitzung des Beirates für Migration und Integration und begrüßt die Mitglieder, die Gäste sowie die Mitarbeiter der Verwaltung.

Weiter stellt der Vorsitzende fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgt ist und dass der Beirat beschlussfähig ist.

Der Vorsitzende, Herr Landrat Schartz, stellt die anwesenden Verwaltungsmitarbeiter vor und begrüßt das ehemalige Kreistagsmitglied Frau von Schütz, die als Zuhörerin an der heutigen Sitzung teilnimmt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. **Verpflichtung der Beiratsmitglieder**
2. **Wahl der/des Vorsitzenden des Beirates für Migration und Integration**
3. **Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Beirates für Migration und Integration**
4. **Verschiedenes**

Öffentlicher Teil

1. Verpflichtung der Beiratsmitglieder

Protokoll:

Der **Vorsitzende** belehrt die Anwesenden über ihre Verpflichtung zur Verschwiegenheit und Vertraulichkeit. Im Anschluss daran verpflichtet er die Anwesenden 5 Mitglieder per Handschlag. Frau Meß wird nach Eintreffen um 18.10 Uhr gesondert belehrt und verpflichtet.

Der **Vorsitzende** erläutert das Flüchtlingskonzept „IdEAL“ des Landkreises Trier-Saarburg und des Caritasverbandes Trier e.V. Dieses ist als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Frau **Stankevitsch** bittet um Information, ob die eingereisten Flüchtlingskinder einen Kindergartenanspruch bzw. der Schulpflicht unterliegen. Der Vorsitzende weist auf die bestehenden Sprachförderprogramme in den Kindergärten hin und die Möglichkeit des Besuchs des AfA-Kindergartens nach Einreise.

Frau **Milanova** bestätigt aus eigener Erfahrung, dass es diese Förderplätze in Konz für Kinder bereits schon länger gebe. Sie erläutert, dass es in den Sprachkursen die Sie leite, leider keine Migranten mit Berufserfahrung gebe.

Der **Vorsitzende** teilte darauf hin mit, dass alle Asylsuchenden anlässlich ihrer Vorsprache bei der Ausländerbehörde seit kurzem nach ihren Schul- bzw. Berufsausbildungen befragt würden.

Die im Anschluss durchgeführte geheime Wahl hat folgendes Abstimmungsergebnis:

Herr Karacam 3 Stimmen

Frau Milanova 3 Stimmen

Frau Milanova und Herr Karacam nehmen beide die Wahl als Stellvertreter/in des Beirates an.

4. Verschiedenes

Protokoll:

Frau **Stankevitsch** informiert den Beirat darüber, dass Sie an einer Schulung der AGARP (Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz) in Mainz teilgenommen habe. Von Seiten der AGARP sei angeboten worden, zur Arbeit des Beirates eine Schulung bzw. einen Vortrag im Landkreis Trier-Saarburg abzuhalten.

Frau **Meß** schlägt vor, monatlich ein Arbeitstreffen des Beirates z.B. im Mehrgenerationenhaus in Saarburg abzuhalten.

Vom Kreistag könnten entsprechend der Änderung der Satzung in § 2 Abs. 2 noch zusätzliche Mitglieder berufen werden, so der **Landrat**. Dies könne in der nächsten Kreistagssitzung erfolgen. Er informiert, dass für Referenten und Fachvorträge ein finanzieller Ausgleich gezahlt werden könne.

Herr **Karacam** fragt an, ob Vertreter des Beirates an Sitzungen der verschiedenen Kreisausschüsse (z.B. Sozial-, Kultur- oder Schulausschuss) teilnehmen können. Landrat **Schartz** erklärt daraufhin, dass die Mitglieder der Ausschüsse durch den Kreistag und die Kreistagsmitglieder im Rahmen der Kommunalwahl gewählt worden seien. Weitere Mandate für die Mitglieder des Beirates würden auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen nicht zur Verfügung stehen. Eine stimmberechtigte Teilnahme wäre daher nicht möglich. Eine eventuelle beratende Teilnahme müsse mit dem Ältestenrat bzw. den Ausschussmitgliedern zuvor abgestimmt werden. Bestehende Mandate gewählter Mitglieder könnten zudem nicht entzogen werden.

Frau **Meß** schlägt den 24.02.2015 als Termin des nächsten Arbeitstreffens des Beirates vor.

Landrat **Schartz** hält die nächste Beiratssitzung Ende Mai 2015 für sinnvoll, da bis dahin die angeforderten Fördergelder zur Durchführung des Konzeptes zur Sozialen Betreuung und Qualifizierung der Asylbewerber

bereitstehen und dann weitere Hilfsprojekte mit dem Beirat besprochen werden könnten. Außerdem könnte das Konzept im Rahmen der Sitzung durch Vertreter des Caritasverbandes näher erläutert werden. Weiterhin veranschaulicht er die Wichtigkeit der Netzwerkarbeit mit dem Jobcenter und den Agenturen. Herr Schneider, Geschäftsführer der Agentur für Arbeit, könnte ebenfalls einen Vortrag über die Beratungsfunktion der Arbeitsagenturen halten. Die Verwaltung werde zu der Sitzung am 28.05.2014, 17.30 Uhr einladen. Der Vorsitzende informiert den Beirat über die bisherige Praxis, eine Liste der Beiratsmitglieder mit Wohnanschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse zu erstellen und allen Beiratsmitgliedern zur Kontaktaufnahme untereinander, auszuhändigen.

Frau **Milanova** spricht die Lebensumstände der hier lebenden rumänischen EU-Bürger an. Diese würden teilweise auf dem Arbeitsmarkt ausgenutzt und gingen der Schwarzarbeit nach. Die Wohnraumsituation für diesen Personenkreis sei oftmals bedenklich und die Vermieter nutzten die Wohnungsnot der Migranten aus.

Frau **Meß** berichtet von Ihren Erfahrungen aus der ehrenamtlichen Mithilfe beim Multikulturellen Zentrum. Sie bemängelt, dass die Mitarbeiter des Jobcenters bzw. der Arbeitsagenturen die englische Sprache nicht beherrschten und oftmals keine weitere Fremdsprache sprechen würden.

Frau **Stankevitsch** sieht die Problematik anders und ist der Meinung, dass jeder ausländische Mitbürger der aus der EU oder Drittländern nach Deutschland einreise, sich die deutsche Sprache in Eigeninitiative mit Grundkenntnissen aneignen sollte. Ein ehrenamtlicher Begleitservice könne nicht jeden Migranten an die Hand nehmen.

Frau **Henter** schlägt in diesem Zusammenhang vor, einige Flyer bei Behörden in verschiedenen Sprachen, englisch, französisch, türkisch, arabisch, russisch etc. abzudrucken.

Der **Landrat** sagt zu, die Pressestelle der Kreisverwaltung mit der teilweisen mehrsprachigen Gestaltung der Webseite des Landkreises zu beauftragen.

Nicht nur die Vermittlung der deutschen Sprache an Migranten sei wichtig, sondern auch das Erlernen von Bewerbungsmodalitäten, insbesondere durch junge Migranten, so Frau **Milanova**. In diesem Zusammenhang wird auf die Möglichkeit der Teilnahme an Integrationskursen des Bundesamtes und der Integrationskursträger hingewiesen.

Landrat **Schartz** fasst zusammen, dass die folgenden Ziele verfolgt werden:

- Umsetzung des Betreuungskonzeptes für Asylbewerber des Cari-

tasverbandes Trier und des Landkreises Trier-Saarburg

- Umstellung auf eine mehrsprachige Webseite des Landkreises Trier-Saarburg
- das Jobcenter wird einen Vortrag über die berufliche Situation der Flüchtlinge und seiner eigenen Arbeitsweise und Strukturen halten.

Frau **von Schütz** berichtet aus eigener Erfahrung, dass eine Einzelfallbetreuung nur als erste Maßnahme sinnvoll sei und eine Begleitung der Migranten nur mittels ehrenamtlich Tätiger möglich sei.

Frau **Schmitt-Blasius** ist gleicher Ansicht wie ihre Vorrednerin und sieht das Hilfsangebot von Ehrenamtlichen lediglich als Hilfe zur Selbsthilfe, wobei eine spätere Eigeninitiative gefragt sei.

Frau **Henter** hält einen weiteren Aspekt der Beiratsarbeit, hier der zunehmenden Verunsicherung in der deutschen Bevölkerung durch die ansteigenden Migrantenzahlen durch Aufklärung entgegenzuwirken, für wichtig. Durch Begegnungsfeste könnten Ängste und Vorurteile abgebaut werden.

Frau **Meß** stimmt diesem Vorschlag zu, da die Sichtweise der hier lebenden Bürger oftmals durch Vorurteilen geprägt sei und die Migranten von der Bevölkerung als „Schnorrer“ bzw. „Kriminelle“ gesehen werden.

Der **Landrat** erläutert zu der Einrichtung der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in Hermeskeil, dass durch die begrenzte Verweildauer ein stetiger Wechsel der Asylbewerber erfolgen werde, womit es schwierig werde, langfristige Kontakte zur Bevölkerung zu knüpfen. Er hält es trotz allem für sinnvoll dort einen AFA-Beirat einzusetzen, um die Kontaktaufnahme zu vereinfachen. Das Mehrgenerationenhaus in Hermeskeil erhalte im Rahmen des Vertrages mit dem Land zudem mehr Personal.

Zudem seien die Kontakte zu Vereinen in Hermeskeil für die Migranten wichtig, so Frau **Schmitt-Blasius**. In diesem Zusammenhang würde sie eine gemeinsame Organisation von Multikultifesten begrüßen. Im Rahmen der Vereinsarbeit gebe es dort schon Teilhabepakete, womit die Teilhabe der Migranten an Vereinen durch Beitragsreduzierungen gefördert werde.

Frau **Milanova** spricht darüber hinaus das Problem der Flüchtlingsfrauen an, die sehr unterrepräsentiert seien. Sie habe in Konz in ihrem Sprachkurs nur 3 Frauen und 30 Männer.

Frau **Henter** geht daraufhin auf die Nachzugsmöglichkeiten der Flüchtlingsfamilien bzw. -frauen ein.

Referatsleiter **Haack** erläutert die Nachzugsmöglichkeiten im Rahmen des

Familiennachzugs nach Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Folgend weist Frau **Henter** auf das generelle Geschlechterproblem hin, wobei Frauen kaum Rückzugsmöglichkeiten und Lobby haben, da sich diese grundsätzlich um die Kinder und den Haushalt kümmern würden.

Frau **Schmitt-Blasius** und Frau **Henter** sprechen abschließend das Thema der Abschiebungen in den Kosovo an, da dieser Flüchtlingszuzug nach ihrer Ansicht fast genauso hoch sei, wie der Anteil türkischer Flüchtlinge.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor..

Der Vorsitzende:
(TOP 1 bis TOP 2)

(Günther Scharz)
Landrat

Die Vorsitzende:
(TOP 3 bis TOP 4)

(Meß Milena Fatima)

Die Protokollführerin:

(Elke Willems)
Regierungsamtsrätin